

für ein NEUES HANDELN möchten wir signalisieren, daß wir bereit sind, uns dem öffentlichen Dialog zu stellen. In der Hoffnung, daß uns die Vision des Amos gemeinsam leiten möge, grüßen Sie

gez.: Dorothea Höck, Martin König, Uwe Lehmann, Harald Wagner, Dörte Wernick (Für den Koordinationsausschuß i. A. des Arbeitskreises Solidarische Kirche)

gez.: Almuth Berger, Annette von Bodecker, Karl-Heinz Bonnke, Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Dorrit Fischer, (Mitglieder aus dem Gemeindefkirchenrat der Bartholomäusgemeinde Berlin)

gez.: Wolfgang Apfeld, Dr. Michael Bartoszek, Stephan Bickhardt, Dr. Martin Böttger, Rainer Flügge, Reinhard Lampe, Ludwig Mehlhorn, Rainer Roepke, Dr. Wolfgang Ullmann (Initiativgruppe "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung").

weitere Unterzeichner: Stephan Philipp, Kathrin Schulz, Ulrich Stockmann, Ibrahim Böhme, Konrad Hüttele von Weidenfeld u.a.

pflingsten 1988

Für kirchlichen Gebrauch! Bitte abschreiben und weitergeben!

es strome aber das Recht wie Wasser und  
die Gerechtigkeit wie ein nie ver-  
siegender Bach

Amos 5,2

neues  
handeln

ein Brief an Christen in der DDR  
und ihre Gemeindevertretungen

Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach (Amos 5,24)

### NEUES HANDELN

Ein Brief an Christen in der DDR und ihre Gemeindevertretungen

Liebe Leserinnen und Leser!

Vor einem Jahr formulierten wir den Synodalantrag "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung". Heute möchten wir Ihnen Überlegungen vorstellen, die sich uns als Konsequenz der Diskussion dieses Antrags in Gruppen und Gemeinden, auf Synoden und bei der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nahelegen.

Gegenwärtig sehen wir Chancen für grundlegende Veränderungen in unserem Land in dem Maße, wie wir uns selbst zu einem NEUEM HANDELN am Ort entschließen. Mit diesem Brief wollen wir uns an der Suche nach Maßstäben und konkreten Schritten für einen gesellschaftspolitischen Wandel beteiligen.

#### I. NEUES HANDELN IM DIALOG

"Weh denen, die Böses gut und Gutes böse nennen, die aus der Finsternis Licht und aus Licht Finsternis machen, die aus sauer wüß und aus süß sauer machen!" (Jesaja 5,20)

Denken wir noch einmal an den Antrag "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung". Eine öffentliche Diskussion etwa über die Kontaktverbote und -meldepflichten, das Privilegiensystem, z.B. in Reisefragen oder das Ausreiseproblem gibt es nach wie vor nicht. Der gesellschaftliche Dialog über die drängenden Probleme unseres Landes wird noch immer verweigert. Nach unserem Eindruck ist die öffentliche Sprache ein Instrument zur Tabuisierung dieser Probleme geworden. Bedienen nicht auch wir uns einer verschleiernenden Sprache? Jesajas Mahnung zur Wahrhaftigkeit gilt in dieser Situation zuerst uns

III des Gesetzes über die Wahlen zu den Volksvertretungen der DDR - Wahlgesetz- vom 24. Juni 1976 (GBI. I Nr. 22 S.301) i.d.F. des Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes vom 28. Juni 1979 (GBI. I Nr. 17 S.139) beschriebenen Möglichkeiten anlässlich der Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen 1989 wahrgenommen werden.

Wir bitten die Arbeitskreise in Kirchengemeinden sowie die christlichen und anderen Initiativgruppen zu prüfen, ob sie als Kollektive im Sinne des §17 des Wahlgesetzes der DDR einer Partei bzw. einer Massenorganisation der Nationalen Front der DDR Kandidatinnen bzw. Kandidaten zur Nominierung für den Wahlvorschlag der Nationalen Front vorschlagen sollten. (Anmerkung: Das Prüfungs- und Vorschlagsrecht für die von den Parteien und Massenorganisationen aufzustellenden Kandidaten steht weder nach den §§17 und 18 des Wahlgesetzes der DDR noch nach der üblichen Praxis ausschließlich den A r b e i t s-kollektiven der Kandidaten zu. Nach §16 des Wahlgesetzes der DDR werden den Kandidaten für die Wahl von den Parteien und Massenorganisationen "aufgestellt". Erschreibt jedoch nicht die Mitgliedschaft der Kandidaten in der betreffenden Partei oder Massenorganisation vor) Es dürfte vorteilhaft für die Aussichten des Kandidatenvorschlags sein, wenn sich die in einem Wahlkreis angesiedelten Kreise und Gruppen auf jeweils e i n e Kandidatin bzw. e i n e n Kandidaten für jede zu wählende Volksvertretung einigten. Diesem Konsensvorschlag könnten dann alle, die ihn außerhalb der betreffenden Gruppierung mittragen, durch unterstützende Schreiben an die entsprechende Partei oder Massenorganisation Gewicht verleihen.

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir möchten Sie einladen, sich an unserem Nachdenken zu beteiligen. Ihre Ideen und Vorschläge gehen vielleicht viel weiter oder sind ganz anderer Art. Mit der Suche nach Maßstäben und konkreten Schritten

liss beugen und es dadurch mitvollziehen?

Die Wahrheit zu sagen kann heißen, öffentlich und wiederholt beim Namen zu nennen, was tabuisiert und verschwiegen wird; Fürbitte und Fürsprache zu halten, wo Menschen Unrecht geschieht; zu widersprechen, wenn Stagnation als Fortschritt ausgegeben wird.

"Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet. Denn mit welcherlei Gericht ihr richtet, werdet ihr gerichtet werden; und mit welcherlei Maß ihr messet, wird euch gemessen werden. Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge und wirst nicht gewahr des Balkens in deinem Auge? Du Heuchler! Zieh zuerst den Balken aus deinem Auge; danach sieh zu, wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehst." (Matthäus 7,1-3.5)

Jesu Wort wider den richtenden Geist weist uns an uns selbst. Wer die Wahrheit sucht, wird zu einem Partner im Dialog. Er wird teilnehmen, nicht anklagen. Jesus warnt uns, mit fertigen Urteilen den Dialog schon im Ansatz zu verfehlen. Auch wenn es nur Eine Wahrheit gibt, so kann doch kein Mensch, keine Gruppe, keine Partei, kein Volk beanspruchen, allein die Wahrheit zu erkennen. Jeder wirkliche Dialog beruht auf dem gemeinsamen Interesse an der Wahrheit, der Gleichberechtigung aller beteiligten Partner und der Achtung der Identität des anderen.

Öffentlicher politischer Dialog und Demokratisierung bedingen einander. Nur durch Demokratisierung und Offenheit lassen sich die humanistischen Ziele des Sozialismus verwirklichen. Erst ein realer Meinungspluralismus in der Gesellschaft, der allen Bürgern die gleichen selbstbestimmten Mitwirkungsmöglichkeiten bietet, wird die schöpferischen Energien der Menschen freisetzen.

Durch Demokratisierung und Offenheit werden wir zu unverstellter Wahrnehmung unserer wirklichen Probleme gelangen. Wir werden unsere Verstrickung in die Bedrohungen unserer Zeit deutlicher erkennen. Der Demokratisierungsprozeß wird gelingen, wenn wir ihn nicht lediglich "von oben" erwarten. Unsere Aufgabe ist es,

mit Mut und Phantasie Schritte zum Dialog zu wagen und auch unangenehme Informationen und unbequeme Meinungen in die Öffentlichkeit zu tragen.

## II. NEUES HANDELN AM ORT

Der Dialog, wahrhaftig geführt, beseitigt noch nicht gegenwärtiges Leiden, schon gar nicht das der Hungernden und Entrechteten in der 2/3 Welt. Er macht es im Gegenteil erst wirklich bewußt. Die eigentliche Bestimmung empfängt unser irdisches Leben von der Erwartung der "herrlichen Freiheit der Kinder Gottes" (Römer 8,21, vgl. auch 8,18-21), die alles Geschöpfliche ergreifen wird. Diese Erwartung läßt uns die Zeit nicht verschlafen, gerade dann nicht, wenn die Menschheit sich selbst bedroht. Mit den Worten des Apostels Paulus bleiben wir bei der Hoffnung auf Gottes Reich der vollkommenen Gerechtigkeit.

Wie können wir darauf hin leben? Wohl zuallererst, indem wir in der eigenen Gemeinde Ansätze der Gerechtigkeit des Reiches Gottes zu leben beginnen und durch unsere Lebensprobleme hindurch das Elend der vielen wahrnehmen. Wenn die Menschen über die territorialen Grenzen hinweg in einen Dialog treten, der den Streit nicht ausschließt, statt sich voneinander abzugrenzen, kann die ideologische Weltkonfrontation überwunden werden. Dann wird auch die Abschreckungsdoctrin ihren Nährboden verlieren.

Im konziliaren Prozeß können sich einzelne und Gemeinden in allen Phasen der ökumenischen Versammlungen auf nationaler und internationaler Ebene direkt zu Wort melden, Erfahrungen mitteilen und Vorschläge unterbreiten. Die Christen und Gemeinden bei uns sollten unserer Meinung nach an diesem Dialog mit Sachbeiträgen teilnehmen. Auf diese Weise würden wir uns gleichzeitig auf das von verschiedenen Seiten angeregte Rundtischgespräch über das "gemeinsame Haus Europa" vorbereiten, an dem auch nichtstaatliche Organisationen und Gruppierungen teilnehmen sollen.

Unsere Ideen und Vorschläge für ein solches Gespräch können wir beispielsweise in die für den 21. Mai 1989 nach Basel einberufene "Europäische Konvokation Frieden in Gerechtigkeit" einbringen. (Adresse: Sekretariat für die Europäische Konvokation, 150,

route de Ferney, Ch-1211 Genf 20)

Für den innergesellschaftlichen Dialog und die Überwindung weltweiter Abgrenzungstendenzen können wir nur dann glaubwürdig eintreten, wenn wir in unseren Kirchen und zwischen den Gemeinden verschiedener Konfessionen mit einem NEUEN HANDELN beginnen. Sind wir nicht oft in der Gefahr, uns in Nischen einzurichten, in denen das geistliche Leben ausschließlich uns selbst gilt? Wird unser Glaube nicht leichtfertig, wenn wir kirchliches Handeln für die Welt vornehmlich an die zahlreichen Amtler delegieren?

Doch das Hauptproblem unserer Gesellschaft bleibt die Demokratisierung. Nicht zuletzt die Veränderungen in der Sowjetunion regen uns an, über prinzipielle Fragen der gesellschaftspolitischen Erneuerung nachzudenken. Eine Reform des politischen Systems der Mitverantwortung einschließlich des Wahlsystems und der Wahlverfahren, die Herausbildung eines öffentlichen Meinungpluralismus zu den drängenden Lebensproblemen in unserem Land- etwa durch Gründung von Bürgerinitiativen, Zeitschriften u.a. - erscheinen uns unausweichlich. Die Demokratisierung wird ein längerer Prozeß sein, der auf der kommunalen Ebene beginnen könnte. Dort spielen viele Fragen eine Rolle, die wir im Alltag unmittelbar spüren: Welche Erfahrungen bestimmen den Umgang mit den örtlichen Verwaltungen? Welche öffentlichen Aufgaben werden vernachlässigt (z.B. Gesundheits-, Verkehrs-, Sozial- und Bauwesen)? Wie sieht die rechtliche und soziale Situation von Ausländern in Betrieben und Ausbildungseinrichtungen aus? Welche Abhängigkeiten von übergeordneten Instanzen blockieren örtliche Eigeninitiativen? Wie sollen vorhandene Partnerschaften mit Städten außerhalb der BDR ausgestaltet und weiter abgeschlossen werden? Wie können ländliche Gebiete in diesen Austausch einbezogen werden? Welche wirtschaftlichen Probleme bestimmen das kommunale Leben? Auf welche Weise tragen örtliche Betriebe zur Zerstörung der Umwelt bei?

Diese und andere Fragen stecken ein Feld ab, auf dem kommunale Demokratie entwickelt werden könnte. Als Anregung zur kritischen Mitwirkung an der kommunalen Öffentlichkeit schlagen wir vor, daß die im Abschnitt

selbst. Die staatsbürgerlichen Freiheiten und die individuellen Menschenrechte sind Ziele der europäischen Tradition. Wir sind überzeugt, daß der Sozialismus diese gesellschaftlichen Errungenschaften politisch verwirklichen muß, wenn er überlebensfähig bleiben will. Erst durch die Demokratisierung unserer Gesellschaft, die Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit einschließt, kann der Sozialismus zu einer annehmbaren Alternative zum liberalen Konsumkapitalismus des Westens werden. Die Gestalt unserer Gesellschaft muß im freien und öffentlichen Dialog und nicht mehr autoritär-ideologisch und administrativ von oben herab bestimmt werden. In dem Maße, wie ein solcher Abbau der innergesellschaftlichen Abgrenzung gelingt, wird die Mauer zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig und kann durch eine Grenze ersetzt werden, "die mehr verbindet als trennt" (E. Honecker). Auf diesem Wege können wir zur Überwindung der Teilung Europas beitragen.

"Und der Teufel führte ihn hinauf und zeigte ihm alle Reiche der ganzen Welt in einem Augenblick und sprach zu ihm: Alle diese Macht will ich dir geben und ihre Herrlichkeit; denn sie ist mir übergeben, und ich übergebe sie, wem ich will. Wenn du nun mich willst anbeten, so soll es alles dein sein. Jesus antwortete ihm und sprach: Du sollst Gott, deinen Herrn anbeten und ihm allein dienen." (Lukas 4,5-8)

Jesus bekommt das Angebot totaler Macht. Wäre das nicht die Chance, das Reich Gottes auf Erden zu errichten? Doch Herrschaft als Erfüllung der Gerechtigkeit auszugeben, bedeutet den Teufel an Stelle Gottes anzubeten.

Dies würde die Lüge zur Grundlage dieser "schönen neuen Welt" (A. Huxley) machen. Gottes Gerechtigkeit der annehmenden Liebe aber ist allein durch Wahrheit. Nachfolge Jesu als "Beten und Tun des Gerechten" (D. Bonhoeffer) bedeutet darum zuerst, in der Wahrheit zu bleiben um der Gerechtigkeit willen.

Haben wir den Mut zur Wahrheit? Verzerren wir nicht die Wahrheit, wenn wir uns um des eigenen Wohlergehens willen dem Herrschaftsprinzip Abgrenzung widerspruchs-